



Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

II-10964 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
DVR: 0000019

353.110/37-I/6/90

4. Mai 1990

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Rudolf PÖDER

Parlament  
1017 W i e n

5078 IAB

1990 -05- 07

zu 5161 IJ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.Ing. Flicker und Kollegen haben am 13. März 1990 unter der Nr. 5161/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend strukturpolitische Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung der nordöstlichen Grenzgebiete im Zuge der Demokratisierung der osteuropäischen Länder gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (Bahn und Straße) sind vorgesehen?
2. Welche Maßnahmen zum Ausbau des Telefonnetzes in der Grenzregion werden im Hinblick auf die Ostöffnung in Angriff genommen?
3. Der Finanzminister hat zusätzliche Wirtschaftsförderungen für die Grenzregionen im Ausmaß von 2 Milliarden Schilling angekündigt. Welche konkreten Ziele werden mit diesen zusätzlichen Förderungsmitteln verfolgt?
4. Welche Förderungsmaßnahmen werden mit diesen zusätzlichen Förderungsmitteln im einzelnen ergriffen?
5. Sind Sie bereit, die im Bundesvoranschlag 1990 um 30 % gekürzte Förderung für das Wald- und Weinviertel wieder zu erhöhen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 5:

Ich habe schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Beendigung der politischen und ökonomischen Randlagesituation Österreichs infolge der Entwicklung in den osteuropäischen Staaten Österreich einerseits enorme Chancen einräumt, andererseits aber auch neue Problemstellungen aufwirft. Beide Komponenten müssen der Auslöser politischen Handelns sein, das die Rahmenbedingungen herstellt, die Österreich und seinen östlichen Nachbarstaaten eine gedeihliche Entwicklung gewährleisten.

In diesem Sinn hat die österreichische Bundesregierung in einer Sondersitzung am 14. Dezember 1989 alle jene Maßnahmen beraten, die angesichts der eingetretenen und absehbaren weiteren Entwicklung zu setzen sind. Diese Maßnahmen betreffen praktisch alle Bereiche, die politischem Handeln unterliegen, insbesondere aber die Bereiche Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Bildung und Wissenschaft. Diese Thematik war in der Folge auch immer wieder Gegenstand der Beratungen des Ministerrats. Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang, daß der Ministerrat zuletzt die Bereitstellung von etwa 800 Millionen Schilling im Rahmen eines Budgetüberschreitungsgesetzes für Ostaktivitäten ins Auge gefaßt hat.

In den einleitenden Ausführungen wird von den Antragstellern meine Koordinationskompetenz angesprochen. Konkret werden jedoch ausschließlich Fragen zu solchen Projekten formuliert, die, mögen sie auch Teilaspekte einer umfassenden Strukturpolitik für den betroffenen Raum sein, nicht in meine Vollzugskompetenz fallen, sondern in jene des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr (Fragen 1 und 2) und des Bundesministers für Finanzen (Fragen 3 bis 5). Ich bitte um Verständnis, daß ich daher von einer inhaltlichen Beantwortung dieser Anfragen mit dem Hinweis absehen muß, daß die Fragen an die jeweils zuständigen Fachminister zu richten wären.

